

8. Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2024 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körperschaft und der Christkatholischen Kirchgemeinde sowie der Jahresberichte 2024 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde

Antrag des Regierungsrates vom 3. September 2025 und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 30. Oktober 2025

Vorlage 6046a

Ratspräsident Beat Habegger: Ich begrüsse zu diesen Geschäften die Kirchenratspräsidentin der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, Esther Straub, den Synodalratspräsidenten der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich, Raphael Meyer, den Präsidenten der Christkatholischen Kirchgemeinde Zürich, René Fraefel, den Präsidenten der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ), Jacques Lande, sowie die Co-Präsidentinnen der Jüdischen Liberalen Gemeinde, Brigitta Rotach und Judith Hollenweger.

Wir gehen wie folgt vor: Den Beginn macht die Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Edith Häusler, dann folgen der Referent der Religionsgemeinschaften und die Fraktionssprechenden und dann die übrigen Mitglieder des Rates. Dann gibt es die Möglichkeit zu einer Replik ganz zum Schluss.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wie in den vergangenen Jahren hat die GPK, vertreten durch mich selbst und den Referenten, Kantonsrat René Isler, im Rahmen der Prüfung der Jahresberichte bei den anerkannten Religionsgemeinschaften Visitationen durchgeführt. Die fünf Religionsgemeinschaften – Evangelisch-reformierte Landeskirche, Römisch-katholische Körperschaft, Christkatholische Kirchgemeinde, Israelische Cultusgemeinde Zürich und Jüdisch Liberale Gemeinde – sind verfassungsmässig als selbstständige Institutionen anerkannt. Der Autonomie entsprechend nimmt der Kantonsrat die Jahresberichte der Religionsgemeinschaften nur zur Kenntnis. Die Genehmigung der Jahresberichte und Jahresrechnung liegt bei den zuständigen Organen der Religionsgemeinschaften. Mit dem Nachweis der negativen Zweckbindungen zeigen die kirchlichen Körperschaften auf, dass ihre Einnahmen, abzüglich der Steuern der juristischen Personen und der Kostenbeiträge, den Aufwand für kultische Zwecke decken oder übersteigen. Dabei haben die Jahresberichte gemäss Paragraf 24 Absatz 1 der Verordnung Bezug auf die Tätigkeitsprogramme und deren Umsetzung zu nehmen. Die Finanzkontrolle des Kantons Zürich überprüft, ob die Jahresabschlüsse den geltenden gesetzlichen Vorgaben entsprechen und ob die Einhaltung der negativen Zweckbindung nachgewiesen wurde.

Für die Würdigung der Jahresberichte habe ich wieder einzelne Themen aus dem vielfältigen Programm der fünf Religionsgemeinschaften herausgepickt, und

glauben Sie mir, die Auswahl fällt mir jeweils nicht leicht. Aber alle Tätigkeiten der Kirchen hier aufzuführen, würde den Rahmen wohl sprengen.

Im Berichtsjahr feierte der Runde Tisch der Religionen sein 20-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass wurden in der Paulus Akademie (*katholisches Bildungs- und Kulturzentrum*) die aktuellen Herausforderungen des multireligiösen Miteinanders in unserem Kanton mit den Mitgliedern der verschiedenen Religionen diskutiert. Der Krieg in Israel beschäftigt dabei selbstverständlich auch den Runden Tisch. Die Religionsgemeinschaften sind hauptsächlich in der Seelsorge tätig, aber nebenbei gibt es unzählige Projekte, welche von den Menschen unterschiedlicher Kulturen sehr geschätzt werden. Zum Beispiel im Rahmen von «Kirche ist auch eine Tauschbörse» wurde niederschwelliges Projekt lanciert, welches in erster Linie für die jüngeren Menschen entwickelt wurde und bei diesen auf ein reges Interesse stösst. In einem ehemaligen Fabrikgebäude im Seefeld Zürich werden defekte Fahrräder oder Geräte repariert, und neben der Tauschbörse finden auch regelmässig kulturelle Anlässe statt. Es hat auch Platz für einen Raum der Stille. Die Studie über sexuelle Missbräuche in der Römisch-katholischen Kirche löste 2023 eine Welle der Entrüstung aus, die noch weit ins Jahr 2024 andauerte. Die katholische Kirche hat entschlossen gehandelt und schaut nun konsequent hin. Der Mail-Button auf den Websites der katholischen Kirche wurde im Berichtsjahr bereits benützt und so konnte ein Fehlverhalten rasch und konsequent geahndet werden. Zudem ist eine schweizweite Zusammenarbeit mit der Bischofskonferenz und allen Ordensgemeinschaften im Aufbau, um Opferberatung und Fallbeurteilungsstrukturen schnellstens aufzubauen.

Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle das Projekt der reformierten und katholischen Kirche «Extramural» vorgestellt, Sie mögen sich vielleicht erinnern. In Begleitung mit der Filmstiftung Pegasus wurden nun ergänzend zur Seelsorge Erklär-Filme für Kinder und Jugendliche mit einem inhaftierten Elternteil aufgenommen. Die Filmsequenzen sollen den Kirchen den Gefängnisalltag und den Gefängnisbesuch erklären und helfen, Ängste abzubauen. Neben den wertvollen Informationen soll vor allem der Umgang mit negativen Gefühlen angesprochen werden.

Die jüdischen Gemeinden konnten erneut zahlreiche Veranstaltungen für ihre Gemeindemitglieder und weitere Interessierte durchführen. Emotionell aber spielt der Krieg eine grosse Rolle innerhalb der jüdischen Gemeinschaften. Viele Mitglieder der ICZ und der Jüdischen Liberalen Gemeinde haben Familie in Israel, und innerhalb der Gemeinden kursieren verschiedene Meinungen zum Krieg. Diverse Gedenkfeiern und verschiedene Anlässe sollen helfen, die Gemeinschaft zusammenzuhalten, damit sich niemand ausgegrenzt fühlt. Um dem Antisemitismus entgegenzuwirken, fanden letztes Jahr 170 Synagogenführungen für die Sekundarstufen 1 und 2 und weitere Interessierte statt.

Wie weiter mit den Breslauer Schriften? Ich habe in der Vergangenheit auch immer über dieses Thema berichtet. In der Zwischenzeit wurde eine Stiftung gegründet mit der klaren Absicht, die Bibliothek nach der Restaurierung der Öffentlich-

keit zugänglich zu machen. Den finanziellen Aufwand können der SIG (*Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund*) und die ICZ allerdings nicht allein tragen. Der Regierungsrat hat daher zugestimmt, dieses Projekt zu unterstützen und zu begleiten. Dem Kantonsrat wird zur gegebenen Zeit ein Antrag gestellt, dass ein Teil der Kosten aus dem Lotteriefonds übernommen werden soll.

Und noch ein paar Worte der Würdigung für die Christkatholische Kirchgemeinde: Im Bericht 2024 konnte sich die Christkatholische Kirche auf Einladung von Regierungsrat Mario Fehr zum Thema «Asylwesen und die Integration von Flüchtlingen» austauschen. Es ging dabei vor allem um die grosse Herausforderung der Integration von minderjährigen Jugendlichen und jungen Männern aus Afghanistan. Seit vielen Jahren bietet die Kirche den Asylsuchenden jeweils am Dienstag einen Deutschkurs und anschliessend ein Mittagessen an. Dieses Angebot nutzten letztes Jahr über 120 Asylsuchende – Woche für Woche – und es kommen auch viele junge Menschen. Einige von ihnen würden auch lieber nur zu Mittag essen. Höflich, aber bestimmt werden sie von den Lehrkräften darauf hingewiesen, dass es zuerst etwas Deutscharbeit gibt.

Die Leistungen der Religionsgemeinschaften decken alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Dazu gehören soziale Unterstützungsangebote wie zum Beispiel Job-Coaches genauso wie kulturelle Ereignisse, spirituell-philosophische Gesprächsrunden oder praktische Hilfsangebote in Notlagen, die Pflege von Natur und Umwelt und vieles mehr. Alles in allem lässt sich sicher sagen, dass die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität des gesellschaftlichen Miteinanders leisten.

Die GPK dankt den Religionsgemeinschaften für ihre Berichterstattungen und den offenen persönlichen Austausch anlässlich der Visitationsgespräche sowie ihren Einsatz zugunsten der Gesellschaft. Eine persönliche Anmerkung erlaube ich mir noch: Ende Jahr wird Jacques Lande sein Präsidium bei der Israelitischen Cultusgemeinde, ICZ, abgeben und den Stab auf das kommende Jahr einem neuen Präsidium übergeben. Jacques Lande führte das Präsidium sechs Jahre lang. Die Referenten möchten ihm für die angenehmen Gespräche sehr herzlich danken und wünschen ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Die GPK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Jahresberichte sowie den Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Jacques Lande, Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich: Erlauben Sie mir einen Blick in die Vergangenheit: Fast auf den Tag genau vor 148 Jahren lehnte dieser Rat einen Antrag auf einen Beitrag an die Kultusaufgaben unserer Gemeinde mit dem Argument ab, dass – ich zitiere – «mit gleichen oder ähnlichen Rechten wie die Israelitische Cultusgemeinde in Zürich eine ganze Reihe von Sekten sich um einen Staatsbeitrag an ihre Kulturbedürfnisse bewerben könnten». Es dauerte einige Jahre, bis wir nicht mehr als Sekte, als fremd wahrgenommen

wurden, es dauerte 130 Jahre seit diesem Beschluss, bis unsere Gemeinde im Jahr 2008 öffentlich-rechtlich anerkannt wurde.

Zur alljährlichen Beratung der Jahresberichte der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften steht heute mit mir bereits zum zweiten Mal ein Vertreter der ICZ am Rednerpult in diesem ehrwürdigen Haus. Die Jüdinnen und Juden Zürichs gehören zu diesem Kanton nicht erst seit 2008 oder 1877 und auch nicht erst seit die ICZ im Jahre 1862 gegründet wurde. Jüdinnen und Juden lebten in diesem Kanton, bevor es die moderne Schweiz, ja sogar bevor es die Eidgenossenschaft gab. Belegt ist jüdisches Leben in der Stadt Zürich bereits vor über 750 Jahren. Ein zentrales Zeugnis des jüdischen Lebens im Mittelalter sind die Wandmalereien an der Brunngasse in Zürich. Jüdisches Leben florierte und wurde später durch Pogrome ausgelöscht. Es dauerte über 500 Jahre, bis jüdisches Leben zurückkehrte. Die Gründung unserer Gemeinde war dabei ein prägendes und zentrales Ereignis, darauf bin ich mächtig stolz. Wir leben nicht nur in Zürich, wir sind Zürich. Seit über 150 Jahren floriert nun das jüdische Leben hier wieder. Es ist die längste zusammenhängende Periode jüdischen Lebens in Zürich. Nicht einmal der Holocaust und die Judenverfolgung in Europa konnten die Kontinuität des Lebens hier unterbrechen. Dafür sind wir unendlich dankbar. Und wir sind auch dankbar für die Unterstützung unseres Kantons für unser Gemeindeleben, für unsere Sicherheit. Wir sind dankbar für die Wertschätzung, den Respekt und das Gefühl, hier zu Hause zu sein. Unsere Väter, Grossväter und Urgrossväter haben mit dazu beigetragen, dass unser Kanton heute das ist, was er ist: ein prosperierender Ort, der unterschiedliche Lebensentwürfe akzeptiert und eine Heimat bietet.

Doch leider ist gerade jüdisches Leben hier in unserem Kanton wieder einmal bedroht. Nicht wenige sehen die schlimmste Bedrohungslage seit dem Holocaust. Seit zwei Jahren erleben wir eine nie dagewesene Welle antisemitischer Vorfälle. Jüdische Menschen werden beschimpft, beleidigt, ausgegrenzt, tätlich angegriffen. Ein Mitglied der jüdischen Gemeinschaft Zürichs wurde letztes Jahr fast ermordet, nur weil er jüdisch ist. Immer noch kämpft er mit den Folgen dieser Tat, körperlich und seelisch. Aber nicht nur er kämpft mit den Folgen, sondern wir alle, die ganze Gemeinschaft. Es gibt jüdische Menschen, die sich nicht mehr mit Davidstern oder Kippa auf die Strasse trauen, andere, die sich zurückziehen. Diese Entwicklung macht uns, sie macht mir Angst. Sie sollte uns allen zu denken geben, denn wir gehören zu diesem Kanton dazu. Wir wollen hierbleiben, wir wollen gestalten, wir wollen in Dialog treten mit den Menschen hier, unseren Beitrag leisten, wir wollen einfach nur leben können.

In wenigen Tagen werde ich mein Amt als Präsident der ICZ abgeben. Diese Rede ist eine meiner letzten als ICZ-Präsident. Es war mir stets eine grosse Ehre, hier im Kantonsrat meine Gemeinde zu vertreten, und stets eine Freude, mit meinen Kollegen unseren Beitrag an den inneren religiösen Frieden im Kanton Zürich zu leisten. Auch in Zukunft sollen die Religionsgemeinschaften ihren Beitrag für ein friedliches Zusammenleben leisten können. Wichtig wird es sein, weitere Religionsgemeinschaften, ob anerkannt oder nicht, wie die orthodoxen Christen, Hin-

mus, Muslime, Buddhisten oder Freikirchen einzubeziehen. Ich nutze die Gelegenheit, um Sie im Namen der ICZ, im Namen der jüdischen Gemeinschaft Zürichs, eindringlich darum zu bitten, sicherzustellen, dass jüdisches Leben in Zürich weiterhin in der bisherigen Form Bestand haben kann. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass wir nicht nur sicher beten und unsere Kinder zur Schule gehen können, sondern auch selbst sicher leben können, sodass wir als selbstbewusste Jüdinnen und Juden und als Zürcherinnen und Zürcher weiterhin zum Wohl dieses Kantons beitragen können. Ich versichere Ihnen: Wir als ICZ, die jüdische Gemeinschaft Zürichs, wir werden unseren Teil beitragen. Aber ohne Sie geht es nicht. Ich zähle und hoffe auf Sie und schliesse mit dem Wunsch des Friedens und einem Zuspruch auf Hebräisch: «Osse Shalom bimromav» – der Frieden schafft in seinen Höhen. «Am Zürich chai!», es lebe das Zürcher Volk!

René Isler (SVP, Winterthur): Der Kanton Zürich anerkennt ja bekanntlich gemäss unserer Kantonsverfassung die hier anwesenden fünf Religionsgemeinschaften. Und es ist nicht selbstverständlich, dass in dieser schweren Zeit, auch in diesem Berichtsjahr, wir in diesem Kanton, aber mehrheitlich auch in unserem Land, diesen Religionsfrieden weiterhin aufrechterhalten können. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und um die Worte von Herrn Lande da noch einmal aufzunehmen: Es braucht diesen Frieden unter allen anerkannten Religionsgemeinschaften, und wir dürfen uns hier nicht auseinanderdividieren lassen. Mit dieser staatlichen Anerkennung verschafft nämlich der Kanton Zürich den Religionsgemeinschaften einen besonderen Status, gewährt er ihnen doch so die notwendige Autonomie und hebt ihre Rolle als wichtige gesellschaftliche Akteure hervor, und das ist etwas, was nur Sie können, geschätzte Damen und Herren unserer Religionsgemeinschaften. Der Kanton Zürich bewilligt zur Unterstützung dieser Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung jeweils Kostenbeiträge für eine sechsjährige Beitragsperiode. Zudem haben die öffentlich-rechtlich anerkannten Körperschaften das Recht, Steuern zu erheben. Für die Erträge aus den Steuern der juristischen Personen gilt eine negative Zweckbindung, indem diese Erträge nicht für kultische Zwecke verwendet werden dürfen. Der Nachweis ist in den Jahresberichten der jeweiligen anerkannten Religionsgemeinschaften und von deren Revisionsstelle zu bestätigen.

Auch in diesem Berichtsjahr haben bekanntlich wir Vertretende der GPK, auf der einen Seite unsere charmante Leaderin und Referentin Edith Häusler sowie meine Wenigkeit, bei allen anerkannten Religionsgemeinschaften unsere teils vertieften, stets sachlichen Visitationsgespräche durchgeführt. Und ob das nun eine grosse oder eine kleine Körperschaft war – die haben wirklich ganze Arbeit geleistet, auf die wir stolz sein können. Es war, wie eingangs erwähnt, ein schwieriges Jahr, auch international, mit vielen Kriegen, mit vielen ethnischen Auseinandersetzungen, und deshalb ist es mir auch wichtig, dass wir diesem Religionsfrieden Sorge tragen, er kommt nicht umsonst.

Wenn es noch irgendetwas Negatives zu reden gäbe, ist es der Umstand, dass nach wie vor Gelder an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften fliessen, was innerhalb einiger Kirchgemeinden sowohl bei den Katholiken wie auch bei den reformierten Gemeinden zu teils grossem Unfrieden geführt hat und bis heute auch nicht ganz verstanden wird. Diesbezüglich bitten wir Sie, Frau Justiz- und Religionsministerin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), die einst versprochenen rechtlichen Vorgaben mittels einer Gesetzesvorlage möglichst rasch auszuarbeiten und dem Parlament zu unterbreiten.

Und so komme ich schon fast zum Schluss und bitte Sie, diesen Geschäftsbericht, den Tätigkeitsbericht unserer Religionsgemeinschaften zu genehmigen, und spreche dennoch einen ganz grossen Dank an euch Vertreterinnen und Vertreter unserer anerkannten Religionsgemeinschaften aus. Und namens der SVP-Fraktion bitten wir Sie zudem, dass Sie diesen Dank bitte auch Ihren Mitarbeitenden, allen Ihren Mitarbeitenden weitergeben, denn ohne diese bewegen wir in diesem Zürich gar nichts. Was Sie leisten, ob Sie jetzt eine grosse oder kleine Religionsgemeinschaft sind, ist von unschätzbarem Wert und darf hier schon auch mal wieder untermauert werden. In diesem Sinne: Erhalten wir uns diesen Religionsfrieden, und ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme dieser Jahresberichte.

Davide Loss (SP, Thalwil): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Mitglied der Rekurskommission der Römisch-katholischen Körperschaft.

Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht über die anerkannten Religionsgemeinschaften aus. Die Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften sind verfassungsmässig als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt. Mit der staatlichen Anerkennung verschafft der Kanton den Religionsgemeinschaften einen besonderen Status, gewährt ihnen Autonomie und hebt ihre Rolle als wichtige gesellschaftliche Akteure hervor. Aus Rücksicht auf die Autonomie der Körperschaften nimmt der Kantonsrat deren Jahresberichte und die Nachweise zur Einhaltung der negativen Zweckbindung nur – aber immerhin – zur Kenntnis. Dies ist aber eine sehr wichtige Aufgabe. Diese Tätigkeit klingt jetzt vielleicht etwas technisch, ist aber im Aufgabenkatalog der GPK eine abwechslungsreiche Bereicherung. Einerseits wird das Wirken der Religionsgemeinschaften einer politischen Würdigung unterzogen und andererseits ist so sichergestellt, dass die Steuern der juristischen Personen lediglich für nichtkulturelle Zwecke, also zur Erfüllung von wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben verwendet werden. Dazu müssen die Religionsgemeinschaften aber auch immer Bezug auf ihre Tätigkeitsprogramme nehmen.

Die nichtkulturellen Leistungen der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften decken alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Dazu gehören – wir haben es von der Referentin bereits gehört – zahlreiche Unterstützungsangebote, Jugend-Coachings, Begleitung von Migrantinnen und Migranten, aber genauso kulturelle Ereignisse, spirituell-philosophische Gesprächsrunden und praktische Hilfsangebote in Notlagen, die Pflege von Natur und Umwelt und vieles mehr. Die so erbrachten gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen

und anerkannten Religionsgemeinschaften stellen einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zur Stabilität des gesellschaftlichen Miteinanders dar. Dies ist eine echte Erfolgsgeschichte.

Aber nicht nur das, unser spezielles System trägt massgeblich zum Religionsfrieden in unserem Kanton bei, mein Vorredner hat zu Recht darauf hingewiesen. Und dieser Religionsfrieden ist alles andere als selbstverständlich, noch vor wenigen Jahrzehnten sah das noch ganz anders aus. Aber auch inhaltlich bewirkt die Tätigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften enorm viel. Es ist wirklich beeindruckend, was die Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften im nichtkirchlichen Bereich alles leisten. Gerade in diesen Zeiten mit den Kriegen in Israel und in der Ukraine sind sie eine unglaublich wichtige Stütze. Ihr Beitrag für unsere Gesellschaft ist unverzichtbar. Ohne diese Stütze müsste der Staat hier einspringen. Und wenn wir bedenken, was die Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften alles leisten, dann könnte der Staat hier nicht mithalten. Der Staat könnte diese zentralen Angebote nur mit einem enormen finanziellen Aufwand stemmen. Das, was die Kirchen und Religionsgemeinschaften im nichtkultischen Bereich alles leisten, verdient allerhöchste Anerkennung und Respekt. Sie sind ein essenzieller Pfeiler und ohne sie ginge es schlicht nicht. Es ist echte Solidarität, wie wir sie in unserer Gesellschaft leben sollten. Dies tun die Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften nicht mit lautem Getöse, nein, sie tun es still, verlässlich und jederzeit. Für diesen essenziellen gesellschaftlichen Beitrag möchte ich Ihnen namens der SP-Fraktion ganz herzlich danken.

Die SP-Fraktion wird die Jahresberichte zur Kenntnis nehmen. Besten Dank.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Die FDP nimmt die Jahresberichte und den Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung für Kirchensteuern von juristischen Personen erneut kritisch zur Kenntnis. Wir können hier neben den vielen guten und geleisteten Diensten der anerkannten Religionsgemeinschaften, welche die Referentin erwähnt hat und wofür die FDP bestens dankt, insbesondere zwei kritische Punkte nicht unerwähnt stehen lassen. Mit einer stillschweigenden Kenntnisnahme würden wir indirekt bestätigen, dass die Vorgaben eingehalten werden oder wurden und dass wir Vertrauen in das System haben können. Doch dieses Vertrauen steht auf wackligen Beinen. Die negative Zweckbindung kann von uns nicht überprüft werden. Wir müssen uns vollständig darauf verlassen, dass die Empfänger der Gelder die Vorgaben einhalten. Es gibt faktisch keine Möglichkeit für uns, nachzuvollziehen, ob die Gelder wirklich nicht an Zwecke geflossen sind, die klar ausgeschlossen wurden. Wir befinden uns damit in einem Blindflug, und ein Blindflug ist keine solide Grundlage für die parlamentarische Aufsicht.

Die Problematik mit dem Vertrauen wird besonders im nächsten Punkt sichtbar, wenn wir auf die Weitergabe von Mitteln an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften blicken. Der Kantonsrat hat Anfang Februar dieses Jahres mit einer deutlichen Mehrheit unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass eine solche Weitergabe nicht korrekt ist und nicht akzeptiert wird. Dieses Signal war klar, es

war breit getragen und es war eindeutig. Umso irritierender ist es, dass die katholische und die reformierte Kirche dennoch beschliessen, Mittel weiterzugeben, obwohl der politische Wille bei der Debatte um den Rahmenkredit von 300 Millionen Franken eindeutig kommuniziert wurde. Dazu kann ich nur sagen: Es ist ein bewusstes Ignorieren einer klaren Willensäusserung zur Verwendung des gesprochenen Geldes. Wie viel deutlicher müssen wir formulieren, dass die Weitergabe an nicht anerkannten Religionsgemeinschaften nicht in Ordnung ist, damit es ernst genommen wird? Vielleicht anhand eines Beispiels, Frau Regierungsrätin: Stellen wir uns vor, jemand beantragt ein Stipendium und muss dafür alle Auflagen erfüllen und Nachweise dafür einreichen. Alle Kriterien erfüllt und er erhält es, und danach gibt er das Geld an seinen Freund weiter, da er denkt, sein Freund könnte das Geld auch gut gebrauchen. Der Freund hätte das Stipendium nie beantragen können, weil er die Bedingungen, wie finanzielle Transparenz, nicht erfüllt oder nicht erfüllen möchte. Dieses Stipendium würde sehr wahrscheinlich sofort aufgelöst werden, wenn nicht sogar rückzahlungspflichtig. Und in einem solchen Fall gäbe es auch keinen Aufschrei. Es ist ja klar, dass der Freund das Stipendium selbst beantragen muss, so wie auch die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Sie können sich anerkennen lassen, da schliesse ich die buddhistischen Religionsgemeinschaften – dort gehöre ich hin – und weitere mit ein. Dass nun die Direktion der Justiz des Innern ganz offiziell Gesuche für nicht anerkannte Religionsgemeinschaften prüft, nur damit die Weitergabe von Geldern, die ausdrücklich für anerkannte Religionsgemeinschaften vorgesehen waren, im Nachhinein konformer erscheint, ist äusserst stossend. Genau diese Direktion sollte für korrekte Anwendung des Rechts sorgen, stattdessen entsteht der Eindruck, dass hier ein Weg gesucht wird, die klare Vorgabe zu umgehen. Es zeigt, dass Transparenz bei der Verwendung von Kostenbeiträgen umso wichtiger ist. Mit der PI 51/2025 von Mario Senn und Mitunterzeichnenden werden wir diese Transparenz einfordern. Wir können heute nicht wie üblich die Berichte zur Kenntnis nehmen, als wäre alles in bester Ordnung, denn das ist es nicht, auch wenn die anerkannten Religionsgemeinschaften 2024 wirklich sehr viele gute Dienste geleistet haben, sie sind essenziell und unverzichtbar. Aber wir haben keine Möglichkeit, die negative Zweckbindung wirklich zu überprüfen, und wir sehen, dass Institutionen die Gelder erhalten, was den klar geäusserten Willen dieses Parlaments missachtet.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Die anerkannten Religionsgemeinschaften haben jährlich gegenüber der GPK und dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und die negative Zweckbindung zu belegen, davon wurde geredet. Sie liefern dazu umfassende Berichte ab. Mit der staatlichen Anerkennung verschafft der Kanton diesen Religionsgemeinschaften einen besonderen Status. Er gewährt ihnen Autonomie und hebt ihre Rolle als wichtige gesellschaftliche Akteure hervor. Der Kantonsrat bewilligt auch zur Unterstützung von deren Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung jeweils Kostenbeiträge. Im Gegenzug nehmen wir die Jahresberichte der Gemeinschaften hier mit dieser Debatte zur Kenntnis.

Die Verteilung der Gelder haben wir letztes Jahr diskutiert. Ich lasse das jetzt sein und fokussiere auf die Tätigkeitsberichte, so wie wir sie in der GPK diskutiert haben. Ich persönlich erachte diese Debatte hier als wertvoll. Sie macht sichtbar, was die Religionsgemeinschaften leisten, auch für diejenigen Menschen – und das ist ja unterdessen schon eine Mehrheit –, die keiner solchen Gemeinschaft mehr angehört. Oder, um es politischer zu formulieren: Diese Debatte hier schafft Transparenz. Die Religionsgemeinschaften schildern zu den einzelnen Themenbereichen überblicksweise ausgewählte Aktivitäten und Ereignisse, die Tätigkeitsprogramme sind schon eher generell gehalten. Aufgrund der Grösse der angeschlossenen Personen an diesen Religionsgemeinschaften möchte ich auf das Tätigkeitsprogramm 2024 der reformierten und der katholischen Kirchen fokussieren, auf deren Angebote, die nicht nur den Mitgliedern, sondern auch der ganzen Gesellschaft offenstehen und von diesen auch genutzt werden oder genutzt werden können, so zum Beispiel «Auftanken, wenn alles zu viel wird». Wir alle wissen, um die psychische Gesundheit vieler junger Erwachsener steht es nicht gut. Das ist ja auch ein grosses Thema hier im Kantonsrat, zum Beispiel mit der Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» und dem Objektkredit für die Umsetzung dieser Initiative (*Vorlage 5920*). Im Bericht erhalten wir Einblick in einen Nachmittag im Studi-Café Hirschli. Die Hochschuleseelsorgerin (*Linda Blumer*) sagt, sie könne die Anfragen immer noch meistern und auch kurzfristig Zeit für ein Gespräch einräumen. Sie kann – das ist wichtig – psychische Notsituationen entschärfen und Weitervermittlungen einleiten. Im gleichen Sinn für Jugendliche mit psychischen Problemen gibt es auch «Kabel», die Fachstelle der reformierten und katholischen Kirche im Kanton Zürich für die Beratung, Begleitung und Unterstützung rund um die Berufslehre. Und nicht zuletzt, besonders wichtig auch in diesem Zusammenhang, wenn alle Stricke reissen, die «Dargebotene Hand». Der Verein wird massgeblich von den beiden Kirchen unterstützt. Die Beratung ist gefragt, über 30'000 Anrufe jährlich werden gezählt, das sind fast 100 pro Tag. Und auch nicht zu vergessen die Gefängnisseelsorge, das ist ein Paradebeispiel für interreligiöse Kooperation. Schon seit langer Zeit arbeiten hier die Seelsorgerinnen und Seelsorger unterschiedlicher Religionsgemeinschaften Hand in Hand. Zu diesem Thema, das wissen Sie aber auch, haben wir Grünliberale eine Interpellation eingereicht, nämlich «Humanistische Seelsorge als Ergänzung zur religiösen Seelsorge ermöglichen» (*KR-Nr. 139/2025*). Diese Interpellationsantwort werden wir bald hier in diesem Rat diskutieren, die Regierung hat uns die Antwort bereits vorgelegt. Und natürlich, jetzt kommt noch der grünliberale Aspekt: Wie jedes Jahr fokussieren wir auf das Engagement der Religionsgemeinschaften in Umweltfragen, wo sich der «Grüne Güggel», also die Nachhaltigkeit, bei den Gebäuden der Kirchen etabliert hat.

Die Grünliberalen danken allen Beteiligten für ihr Engagement und für ihre Bemühungen hier im Kanton Zürich, für den interreligiösen Dialog, für ihre Arbeit, unabhängig von den Problemen in der Welt. Danke.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ich möchte das Votum meiner Fraktionskollegin Edith Häusler nur mit einem kleinen Gedanken ergänzen. Wir Grünen halten die Aufgaben von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die von allen Religionsgemeinschaften in vielen ehrenamtlichen Stunden geleistet werden, für enorm wichtig. Deshalb begrüssen wir, dass die beiden grösseren Religionsgemeinschaften, die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft, beide in ihren Synoden im vergangenen November der Weitergabe der vorgesehenen Gelder an die orthodoxen Kirchen und die islamischen und anderen Organisationen zugestimmt haben. Nun erhalten diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von eben gesamtgesellschaftlicher Bedeutung Unterstützung, die sie zum Beispiel im Bereich der Seelsorge in den Spitälern, im Justizvollzug bereits leisten. Wir sind nach wie vor der Meinung: Wenn wir einzelne Religionsgemeinschaften ausschliessen, bedeutet das, dass uns diese Aufgabe weniger wert ist, als sie es wäre, wenn Angehörige einer anderen Religion diese gleiche Leistung erbringen würden. Und wir Grünen sehen, dass derzeit die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften, wie die genannten orthodoxen Kirchen und die islamischen Organisationen, noch nicht die vergleichbare demokratische Struktur und Verfassung haben. Und wir fordern diese Gemeinschaften auch heute wieder auf, wiederholt, an ihren demokratischen Strukturen und Verfassungen zu arbeiten, sie zu stärken. Sie sollen die kommenden Jahre nutzen, um genau das zu erreichen. Und dafür ist die Stabilität wichtig, die durch die Weitergabe dieser Gelder eben gewährleistet ist. Und genau diese Demokratisierung und Stabilisierung brauchen wir. Eine Abweichung vom vorgesehenen Weg würde den religiösen Frieden untergraben, den wir in diesem Kanton, wie es oft jetzt genannt wurde, so vorbildlich pflegen. Und wir möchten den verantwortlichen Personen und Organen sowohl bei den anerkannten Religionsgemeinschaften als auch den noch nicht anerkannten Religionsgemeinschaften selbstverständlich herzlich danken für ihr Wohlwollen und für ihre Stabilität und dafür, dass sie den eingeschlagenen Weg eben weitergehen und diesen unterstützen. Wir Grünen, wie es meine Vorrednerin Edith Häusler bereits gesagt hat, nehmen die Jahresberichte wohlwollend zur Kenntnis. Besten Dank.

Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil): Die Arbeit und Leistung der anerkannten Religionsgemeinschaften, welche zu einem Teil vom Staat finanziert sind, sind für uns alle enorm wichtig. Ob anerkannt oder nicht anerkannt, alle tragen enorm zur Friedensarbeit bei. Viele Angebote stehen nicht nur den Mitgliedern, sondern der ganzen Gesellschaft offen. Die Innensicht und die Aussensicht, welche sich idealerweise ergänzen, sind komplementär zueinander und ergeben zusammen etwas Neues, wie es im Vorwort des Berichts der katholischen Kirche steht. Übrigens sind die Bilder darin zu einer transparenten Kirche sehr spannend und regen zum Nachdenken an.

Auch wenn es nicht allen passt, wir haben bei der Verteilung der Gelder nicht dreinzureden. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind autonom, und das scheint uns richtig. Lassen Sie uns hier die Jahresberichte und den Nachweis der

Einhaltung der negativen Zweckbindung positiv zur Kenntnis nehmen. Die Genehmigung liegt bei den zuständigen Organen der fünf Religionsgemeinschaften. Die Mitte-Fraktion schätzt die wertvolle Arbeit und bedankt sich bei allen Beteiligten, welche einen so wichtigen Beitrag zum Zusammenleben leisten.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, ob Sie sich gefreut haben am letzten Abstimmungssonntag oder ob Sie frustriert sind. Es gibt viele, die sich gefreut haben, es gibt einige, die weniger Freude gehabt haben (*Anspielung auf die Ablehnung der kantonalen Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich», die ein Vorkaufsrecht der Gemeinden beinhaltete*). Ich bin dann am Abend noch in ein Gospelkonzert gegangen und ich muss Ihnen sagen, das war für mich etwas Therapie. Und Sie denken vielleicht: Was habe ich mit Kirche zu tun? Schauen Sie, Sie sitzen ja in einer Kirche (*das Rathaus Hard in der Bullingerkirche*), und wir zünden sogar eine Kerze an (*am Adventskranz im Ratssaal*), vielleicht ist es Ihnen aufgefallen. Ob Sie wollen oder nicht, Sie sind in der Kirche und Sie haben schon ein Licht angezündet. Und das sind jetzt eben keine alten Geschichten. Schauen Sie, wir haben einen netten Regierungsrat, der sich für Steuern interessiert, so wie wir: minus 5 Prozent, minus 3 Prozent, 0 Prozent, plus 2 Prozent (*eingereichte Anträge für die Beschlussfassung über den Steuerfuss, Vorlage 6044a*). Und wir hatten auch einmal einen Kaiser, der hat sich auch für Steuern interessiert. Der hiess Augustus und hat dann dieses Ehepaar mit einem unehelichen Kind auf Reisen geschickt (*Anspielung auf die Weihnachtsgeschichte*), und die mussten aufgrund der Wohnungsnot – schon wieder ein aktuelles Thema – in einem Stall übernachten; also Bethlehem hatte kein Vorkaufsrecht (*Heiterkeit*), nehmen Sie mir das nicht übel. Anschliessend geht die Geschichte aktuell noch weiter, ich will es Ihnen konkret sagen: Im Januar sind dann drei Sterngucker gekommen. Die haben einen Stern gesehen und haben sich auf die Reise gemacht. Und wissen Sie, was mir da in den Sinn gekommen ist? Die haben ja Gold gebracht. Die haben Weihrauch und Myrrhe gebracht. Und wenn ich Stress habe oder wenn Sie Stress haben, dann lohnt sich eine Reise. Wir haben ja auch eine Reise gemacht und konnten mit Gold den Stress von 39 Prozent auf 15 Prozent reduzieren (*Anspielung auf die Reduktion der Strafzölle nach einem Besuch von Schweizer Wirtschaftsvertretern bei US-Präsident Donald Trump, dem als Gastgeschenk ein Goldbarren und eine goldene Uhr überreicht wurden.*) Sie sehen also, die Themen sind hochaktuell: Es geht um Steuern, es geht um Stress, es geht um Beziehung, und hier leisten die Kirchen wichtige Arbeit. Und ob Sie in der Kirche drin sind oder nicht, Sie engagieren sich für die Gesellschaft, das ist Kirche. Sie engagieren sich für das Wohl der anderen, das hoffe ich, das ist Kirche. Ihnen ist es nicht egal, wie es Zürich geht, das ist Kirche, und dafür möchte ich auch Ihnen danken. Ob Sie drinnen sind oder draussen, Sie engagieren sich für die anderen, und das ist Kirche. Und daher möchte ich auch Danke sagen, nicht nur der Champions League, die dort vorne sitzt (*gemeint sind die Vertretungen der anerkannten Kirchen und Religionsge-*

meinschaften), sondern allen hier im Saal, egal ob Sie sich jetzt an der Kerze erfreuen oder nicht. Wir nehmen dankend die Arbeit der Kirchen zur Kenntnis, und ich danke auch Ihnen für Ihr Engagement für diese Gesellschaft. Danke.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Debatte vom letzten Jahr möchte ich im Gegensatz zu anderen nicht mehr aufgreifen. Doch trotzdem muss erwähnt werden, dass die negative Zweckbindung für die AL klar gegeben ist. Und eine gewisse Autonomie – es wurde vorgängig auch bereits von einer Rednerin gesagt – bei der Mittelverwendung muss den religiösen anerkannten Gemeinschaften auch zugestanden werden. Zum Glück setzen die hier anwesenden anerkannten Religionsgemeinschaften wohl auch ein bisschen mehr auf den interreligiösen Dialog als teilweise dieses Parlament, so wie es für mich aussieht. In den vergangenen Jahren habe ich jeweils auch Projekte herausgepickt oder ausführlicher gesagt, in welchem Bereich die religiösen Institutionen wertvolle Unterstützung leisten, seien es nun anerkannte oder auch nicht anerkannte, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Und ich sollte vielleicht auch noch ergänzend erwähnen, dass es selbstverständlich auch nicht religiöse Institutionen gibt, die eine wertvolle Unterstützung in diesen Bereichen leisten. Doch ohne die religiösen Gemeinschaften würde es in vielen sozialen Bereichen definitiv kälter werden. Dann möchte ich an dieser Stelle einfach nochmals für die wertvolle Arbeit danken. Die AL nimmt die entsprechenden Jahresberichte zur Kenntnis. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich schliesse mich den Vorrednern an und danke den Kirchen für ihre wertvolle und wichtige Arbeit. Ich mache mir natürlich auch immer wieder Gedanken, wie die Kirche noch besser in der Gesellschaft wirken könnte oder was sie tun könnte, damit sie weniger Mitglieder verliert. Ich habe gestern nach dem Gottesdienst eine Umfrage bei unter 20-Jährigen gemacht, und sie haben mir berichtet, dass die Erreichbarkeit der Jungen fehle. Die Antwort war also klar: TikTok, Snapchat und Instagram (*Social Media-Plattformen*) wären Medien, wo man die Jugend noch besser erreichen könnte, einfach so als Input. Nun, wie jedes Jahr, habe ich auch einige kritische Punkte: Das hiesige Parlament hat ja Anfang Jahr den Rahmenkredit von 300 Millionen Franken für die nächsten sechs Jahre genehmigt und inbegriffen sind auch 12 Millionen Franken für verschiedene Projekte, unter anderem auch die muslimische Seelsorge. Ich habe gegen diesen Entscheid am Bundesgericht rekuriert und wurde leider als nicht klageberechtigt abgewiesen. Ich möchte es aber nicht unterlassen, einige offene Punkte bezüglich islamischer Seelsorge anzubringen.

Erstens, Frauenrechte im Islam: Es ist unsere Pflicht als Gesellschaft, sicherzustellen, dass Frauenrechte universal respektiert werden, unabhängig von Religion oder Herkunft. Frauen sollen frei über ihr Leben, ihre Bildung und ihre Berufswahl entscheiden können. Der Regierungsrat muss sich klar dafür einsetzen, dass diese Rechte auch innerhalb der islamischen Gemeinschaften eingefordert werden. Dazu die Frage: Was unternehmen die Regierung und die katholische und die reformierte Kirche bei diesem Thema?

Zweitens, das Kopftuchverbot: Wir müssen darüber diskutieren, ob das Kopftuchtragen im öffentlichen Raum, insbesondere in Schulen und staatlichen Institutionen, eingeschränkt werden soll. Ein Kopftuchverbot ist nicht gegen die Religion gerichtet, sondern soll die Neutralität des Staates wahren und die Freiheit der jungen Frauen stärken. Dazu die Frage: Was unternehmen die Regierung und die katholische und die reformierte Kirche?

Drittens, radikalisierte islamische Prediger: Radikalisierung bedroht den gesellschaftlichen Frieden. Der Regierungsrat muss entschieden gegen Prediger vorgehen, die Hass verbreiten oder unsere demokratischen Werte untergraben. Hier braucht es klare Regeln, konsequente Kontrollen und eine enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Dazu die Frage: Was unternehmen hier die Regierung und die katholische und reformierte Kirche?

Viertens, Gelder für Moscheen aus arabischen Ländern: Transparenz ist entscheidend. Wenn Moscheen in der Schweiz Gelder aus dem Ausland erhalten, muss offengelegt werden, woher diese Mittel stammen und wofür sie verwendet werden. Nur so können wir verhindern, dass ausländische Interessen Einfluss auf unsere Gesellschaft nehmen. Der Regierungsrat muss hier klare gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. Dazu die Frage: Was unternimmt hier die Regierung? Wir von der SVP/EDU-Fraktion stehen für eine offene, demokratische und gleichberechtigte Schweiz. Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, doch sie darf niemals dazu führen, dass Grundrechte eingeschränkt werden oder unsere Gesellschaft gespalten wird. Der Regierungsrat muss Verantwortung übernehmen und klare Positionen beziehen, damit Freiheit, Gleichheit und Sicherheit für alle gewährleistet bleiben. Wir nehmen den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis. Danke vielmals.

Davide Loss (SP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Man kann dem heutigen System durchaus kritisch gegenüberstehen, da spricht überhaupt nichts dagegen, dies hat ja die Sprecherin der FDP-Fraktion jeweils immer wortgewandt mit lateinischen Redewendungen getan. Aber ich muss sagen, das heutige Votum von Yiea Wey Te wird dem Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaften schlicht nicht gerecht. Bitte, Herr Te, lassen Sie die Kirche im Dorf. Mit dem Beschluss über die Tätigkeitsprogramme wurde nämlich der Rechtsrahmen geschaffen, um je 1 Million Franken für die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften zu sprechen, und diesem Beschluss hat der Kantonsrat zugestimmt. Und der Betrag ist transparent ausgewiesen und im Tätigkeitsprogramm enthalten, dem der Kantonsrat zugestimmt hat. Damit ist auch der Rechtsrahmen für die kommenden sechs Jahre geschaffen. Und wenn jetzt der Kantonsrat der Meinung ist, dass das nicht korrekt sei, dann kann man das für die Zukunft diskutieren, aber man kann nicht die Regeln während des laufenden Spiels ändern. Herr Te, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind eigenständig, ihre Autonomie ist zu respektieren – auch von Ihnen. Auch im Verhältnis zu den kirchlichen Körperschaften gilt nämlich, was Marcus Tullius Cicero (*römischer Philosoph und Staatsmann*) einst so treffend formulierte, «*sum cuique*», jedem das Seine. Diese Autonomie zu missachten, ist nicht im Sinn unseres Systems.

Und dann noch zu Herrn Egli: Heute geht es nicht um die kultischen Tätigkeiten, sondern um die nichtkultischen. Sie unterstellen oder stellen zumindest mit Ihrem Votum ernsthaft infrage, dass die muslimische Gemeinschaft im gesamtgesellschaftlichen Bereich die Grundrechte achtet. Das steht heute nicht zur Debatte. Und es wird auch dem Wirken der muslimischen Gemeinschaft – die muslimische Gemeinschaft leistet ihren Beitrag im gesamtgesellschaftlichen Kontext – nicht gerecht, hier Unterstellungen zu machen, dass die Grundrechte missachtet werden. Vielen Dank.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen) spricht zum zweiten Mal: Es tut mir leid, wenn ich den Eindruck erweckt habe, dass die geleistete Arbeit, die, wie ich auch gesagt habe, wertvoll und für die Gesellschaft unentbehrlich ist, für die Kantone und für die Schweiz, für den Frieden in der Schweiz zwischen den Religionen und auch in der Gesellschaft, nicht gewürdigt werde. Dann muss ich sagen: Das tut mir leid, das war nicht die Absicht. Aber es ist die Natur der Sache, dass wir in der GPK nicht nur positive Sachen erwähnen. Also jede Fraktion hier hat vor allem das Positive unterstrichen, und das, finde ich, habt ihr sehr gut gemacht. Ich glaube jedoch, dass es auch unsere Aufgabe ist, dass wir den Finger auf kritische Punkte halten müssen. Die Autonomie ist tatsächlich zu respektieren. Die Gelder, die Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der anerkannten Religionsgemeinschaften, auf Ihrem Weg über Steuern und so weiter erheben und erhalten, die gehören komplett Ihnen, dazu haben wir hier drin nichts zu sagen. Aber wenn hier in diesem Haus im Parlament weitere zusätzliche Gelder gesprochen werden, die eben von Leuten bezahlt werden, die nicht zu dieser Kirchengemeinschaft gehören, dann ist es wichtig, dass wir sicherstellen können, dass die Gelder eben für alle gebraucht werden und nicht für andere Zwecke, und das sollte mit der negativen Zweckbindung eigentlich sichergestellt werden. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass wir es von unserer Seite her nicht kontrollieren können.

Was jedoch problematisch ist, ist, dass Sie das weitergeben. Herr Davide Loss hat gesagt, es sei gesetzlich gegeben, aber ich bin mir da nicht so sicher, ich habe das anders verstanden. Da braucht es noch eine klarere Gesetzesänderung, damit es eben möglich ist. Und ich glaube, auch in den Voten, als wir die Debatte hier geführt haben – die war episch –, wurde ganz klar gesagt, dass wir, wenn das so sein sollte, dann aber auch eine Gesetzesgrundlage schaffen müssen, die es erlaubt. Ich sage nicht, dass es per se schlecht ist, das Geld weiterzugeben. Ich bin nicht gegen den Islam oder die orthodoxe Gemeinschaft, ich bin aber dafür, dass das Recht eingehalten wird, dass wir das Geld so verwenden, wie wir es eben wollen. Das will ich und das ist einfach nicht gegeben und dafür müssen wir einfach jetzt Klarheit schaffen und dürfen es nicht weiter so handhaben, wie es bisher gehandhabt wurde.

Noch einmal: Die FDP dankt für Ihre Arbeit, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter, ich möchte es auf keinen Fall unterlassen, das noch einmal zu sagen. Sie verdienen die Wertschätzung, die höchste Wertschätzung für die Arbeit, die Sie

getan haben. Aber diese zwei kritischen Punkte dürfen wir nicht ausser Acht lassen. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Einfach zu Davide Loss: Ich habe hier keine Unterstellung gemacht mit meiner Rede, sondern ich habe einfach Fakten und Realitäten aufgezählt. Und den Entscheid, dass man die muslimische Seelsorge fördert, habe ich ja nicht infrage gestellt, aber ich sage einfach: Man kann dann auch bei diesen Gemeinschaften unbestrittene Grundrechte einfordern. Und ich rede hier nicht nur für mich und es sind nicht nur meine Gedanken, sondern ich arbeite bei einem Arbeitgeber, wo die Mehrheit der Angestellten kosovarisch-albanische Wurzeln hat, und diese Worte kommen von diesen Personen. Sie sagen, sie haben wörtlich zu mir gesagt: Was wir in der Schweiz bezüglich der Zuwanderung machten, sei komplett das Falsche. Sie verstehen die Schweizer Politik überhaupt nicht und fordern das Einfordern von minimalen gesellschaftlichen Spielregeln. Das ist die Realität. Das Kopftuchverbot ist ein Beispiel. Das kosovarische Gericht hat entschieden, dass die Schülerinnen im Kosovo kein Kopftuch tragen dürfen. Das ist eine Realität, die gibt es bei uns nicht. Ich sage nur, was ich aus meinem muslimischen Umfeld höre. Danke vielmals.

Florian Heer (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ein Gedanke nochmals an Yiea We Te: Es ist richtig, die kritischen Punkte anzumerken. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir hier erfüllen, das ist richtig. Aber man muss oder sollte sich auch an die Regeln halten und es an dem Ort benennen, wo es hingehört. Heute gehört es eben nicht hierhin, die Weitergabe der Gelder zu kritisieren, weil wir das beschlossen haben. Nur weil man hier in der Debatte lautstark seine Meinung gesagt und das als Forderung gestellt hat, ist das nicht die Pflicht des Kantonsrates, Ihrer persönlichen Meinung dann zu folgen, sondern wir haben als Kantonsrat beschlossen, diese Gelder gemäss der Vorlage in Raten auszuzahlen. Und was jetzt passiert, das gibt genau der gesetzliche Rahmen vor, den wir jetzt vorfinden, das Weitergeben der Gelder ist korrekt.

Noch eine Bemerkung zur negativen Zweckbindung, die Sie erwähnt haben, Herr Te: Sie haben gesagt, dass für Sie diese negative Zweckbindung nicht nachvollziehbar sei. Es wäre eigentlich einfach gewesen, Sie haben Vertreterinnen und Vertreter in der GPK. Hinter Ihnen sitzt der Referent, Herr Isler, und Frau Häusler ist als Ansprechperson ebenfalls möglich. Wenn Sie diese negative Zweckbindung nicht nachvollziehen können, dann sprechen Sie mit der Referentin oder dem Referenten, die sich damit noch eingehender beschäftigen konnten. Holen Sie sich diese Information, die Sie brauchen, das ist die Aufgabe der GPK, in der Sie, glaube ich, sitzen. Besten Dank.

Raphael Meyer, Präsident des Synodalrats der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich: Wir haben hier entschieden, dass für die Replik ich das Wort ergreifen darf, es wurden ja primär die reformierte Landeskirche und die

katholische Körperschaft angesprochen, da wäre es nicht sehr fair, wenn Jacques Lande sich nochmals hier äussern müsste.

Ich danke vielmals für die vielen wohlwollenden und positiven Rückmeldungen, die wir gehört haben. Ich danke aber auch für die kritischen Rückmeldungen. Wir möchten einen Dialog mit Ihnen in der Politik haben und da ist es wichtig, dass wir ehrlich miteinander sprechen, und da ist es mir auch wichtig, dass ich die kritischen Voten höre. Vielleicht zuerst, bevor ich auf die Punkte eingehe: Es wurde mehrfach von positiver und negativer Zweckbindung gesprochen. Mein Verständnis – und das teile ich, glaube ich, auch mit meiner Kollegin (*gemeint ist Esther Straub, Präsidentin des Kirchenrates der evangelisch-reformierten Landeskirche und Altkantonsrätin*) – ist, dass es die Steuern der natürlichen Personen gibt, die wir frei verwenden können. Es gibt die Kirchensteuern der juristischen Personen, dort gilt eine negative Zweckbindung, dass diese nicht für kultische Zwecke eingesetzt werden dürfen. Das ist das, was heute das Thema ist gemäss Traktandenliste. Ich nehme aber auch Bezug auf das, was gesagt wurde wegen der Staatsbeiträge, der Kostenbeiträge. Dort gilt eine positive Zweckbindung gemäss Gesetz, dass es nur für Zwecke von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung eingesetzt werden darf.

Es wurde über die Unterstützung nicht anerkannter Religionsgemeinschaften gesprochen. Diese Unterstützung kommt aus diesem Kostenbeitrag mit der positiven Zweckbindung. Am 3. Februar dieses Jahres haben Sie das Tätigkeitsprogramm der reformierten Landeskirche und der katholischen Körperschaft mit einem Zweidrittelmehr genehmigt. Für dieses grosse Vertrauen möchte ich Ihnen nochmals ausdrücklich Danke sagen. Wir sind uns bewusst, dass mit diesem Vertrauen, das Sie uns ausgesprochen haben, auch eine grosse Verantwortung einhergeht, und diese Verantwortung nehmen wir auch ernst. Wenn von Weitergabe von Geldern gesprochen wird – ich mag diesen Ausdruck eigentlich nicht so, weil das immer so ein bisschen den Eindruck macht, dass eine andere Religionsgemeinschaft oder auch ein Hilfswerk uns einfach eine IBAN-Nummer angibt und wir à fonds perdu eine Überweisung machen. Das ist nicht die Meinung, da wären auch Esther Straub und ich absolut dagegen. Was tun wir? Die Synoden haben konkrete Projekte der Vereinigung Islamischer Organisationen und des Verbands der Orthodoxen Kirchen genehmigt. Es geht dabei um Seelsorge in Spitälern und anderen öffentlichen Einrichtungen, es geht um Dialog und Bildungsarbeit in Schulen und Ausbildungsstätten, es geht um kulturelle Veranstaltungen und Präventionsarbeit, alles Aktivitäten im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Projekte werden vorgängig von der Justizdirektion geprüft, ob das eingehalten wird. Und auch nachher darf die Synode frei, demokratisch darüber entscheiden, ob sie die Unterstützung machen möchte oder nicht. Die Prozesse sind transparent und werden jeweils nach ausführlicher und ähnlich intensiver Debatte wie hier gefällt. Und etwas ist ganz klar: Am Ende müssen die unterstützten Gemeinschaften Rechenschaft ablegen, wie sie diese Mittel eingesetzt haben, gleich wie das bei uns zum Beispiel auch die Caritas (*Hilfsorganisation*) muss. Da wird auch wieder ein Bericht beim Parlament eingereicht, in dem man sieht, wie die Mittel verwendet, wie

die Gelder eingesetzt worden sind. Aber ich möchte ganz klarmachen: Wir nehmen die Bedenken, die Sie hier im Rat geäussert haben, ernst. Und auch wir von den Kirchen wünschen uns eine klare gesetzliche Regelung für die Unterstützung auch weiterer anerkannter Regionsgemeinschaften. Aber – das ist ein persönliches Votum – diese Menschen sind hier, und da macht es doch Sinn, dass wir die Kreise, die sich positiv einbringen möchten, die transparent mit dem Kanton und uns zusammenarbeiten möchten, dass wir die auch einbeziehen und unterstützen. Denn sonst springen genau die Türkei oder die arabischen Staaten ein. Ich möchte jetzt aber nicht zu sehr abschweifen.

Ich möchte auch noch ein Wort zu den Mitgliederzahlen sagen, Herr Egli hat das ein bisschen am Rand angesprochen, es ist tatsächlich so: Die Mitgliederzahlen sind zwar nicht mehr so stark zurückgegangen wie 2023, aber das ist ein Trend, der real ist, der tut auch mir persönlich weh; nicht einmal unbedingt wegen der Steuerzahlungen, sondern weil es einen Wegbruch von Bindung und Tradition bedeutet. Die Kirchen stellen sich diesem Wandel aber auch aktiv entgegen, da finden Projekte statt. Wir müssen das vereinliche Leben, das Kirchenleben neu denken. Diese Projekte finden auch über die Kantonsgrenze auf der ganzen Ebene des Bistums statt.

Und einfach noch eine Bemerkung, der Fairness halber muss ich sagen: Der Mitgliederschwund betrifft primär die reformierte und die katholische Kirche, die anderen Religionsgemeinschaften sind weitgehend stabil. Trotz aller Veränderungen aber bleibt ein grosser Teil der Bevölkerung den Kirchen treu. Und unsere zentrale Botschaft, die Nächstenliebe, bleibt Kern unseres Handelns. Sie spricht Menschen an, unabhängig davon, ob sie Mitglied einer Kirche sind oder nicht. Ich sehe es in meiner eigenen Pfarrei immer wieder, dass Projekte im sozialen Bereich gemacht werden, wo sich dann Personen engagieren, die selber gar nicht Mitglied der Kirche sind. Aber das Kirchenprojekt begeistert, die Botschaft begeistert weiterhin, und da bin ich sicher, dass das auch in Zukunft so sein wird. Unsere Arbeit bleibt gesellschaftlich getragen und ist offen für alle Menschen. Wir möchten weiter verlässliche Partner des Staates und der Gesellschaft bleiben, das gilt für alle fünf hier anwesenden Gemeinschaften. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen herzlich für das grosse Vertrauen, das Sie uns entgegenbringen.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Ja, Herr Meyer, Sie haben jetzt gerade die zwei Punkte verteidigt, die ich gerne am Schluss der Debatte noch einmal betonen möchte. Und ich komme jetzt halt mit dem Lateinischen: Iterum quotannis (*alle Jahre wieder*) erteilt die Finanzkontrolle das Plazet, dass der Nachweis der negativen Zweckbindung erbracht ist. Und iterum quotannis sage ich, dass dies schlichtweg nicht nachweisbar ist. Meine Bedenken werden Jahr für Jahr nicht gehört, der Frust der Kantonsrätin.

Und der zweite Punkt: Die Staatsbeiträge, die wir früher im Jahr beschlossen haben, sind verteilt und das Worst-Case-Szenario ist eingetreten, auch wenn es von linker Seite sehr bejubelt wird: Die anerkannten Kirchen geben Millionen an Geldern an die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften weiter. Jegliches meiner

Voten in den vergangenen sechs Jahren war offenbar sinnlos, so wird es auch dieses sein, das ist mir bewusst, aber für mein eigenes Seelenheil musste ich hier mitteilen, dass ich diese Aktion nicht goutieren kann. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Einfach noch einmal zum Inhalt dieses Traktandums: Es geht hier um die negative Zweckbindung und um die Jahresberichte und um den Nachweis der Einhaltung dieser Gelder, um nichts mehr und nichts weniger. Man kann die Weitergabe von Geldern an nicht Anerkannte ja gut oder schlecht finden. Ein bisschen ein politisches Gespür braucht es dann schon noch. Ich bin mir nicht sicher, ob das da draussen von allen oder von einer Mehrheit goutiert wird. Wir haben es ja gestern (*am Abstimmungssonntag*) gesehen: Die einen lächeln heute und die anderen sind eher ein bisschen betrübt, wenn ich meinen lieben Kollegen von der EVP zitieren möchte. Aber da draussen haben wir einen Chef, und das ist das Stimmvolk. Aber eine gewisse Sensibilität würde ich jetzt schon noch gerne an den Tag legen, aber es gehört nicht dazu. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dann werdet doch politisch aktiv! Das wäre dann aber nicht die GPK, wie das immer fälschlicherweise gesagt wird, sondern das wäre dann ein Geschäft für die STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*). Aber ich denke, jetzt diese Diskussion – das merken Sie – brennt unter den Fingernägeln, ist hier aber einfach am falschen Ort in diesem Jahresbericht. Sie ist falsch, diese Diskussion hier, und schadet dem Guten, das ich eingangs erwähnt habe, nämlich dass die fünf anerkannten Religionsgemeinschaften mit ihren Leuten mit dem, was sie an Personal und finanziellen Mitteln haben, alles Riesiges leisten, und diese Diskussion läuft jetzt irgendwie ein bisschen aus dem Ruder. Sie ist berechtigt, diese Diskussion, aber sie gehört nicht hierhin. Wir müssten eigentlich wieder zurück zum Kerngeschäft kommen, und da geht es um die Jahresberichte. Und da können wir wirklich sagen: Ihr habt einen hervorragenden Job gemacht. Tut Gutes und sprecht davon! Und das Andere mit diesen Weitergaben ist, denke ich, eben auch in den Kirchgemeinden, auch in meiner, eine immer wiederkehrende Diskussion. Und da muss irgendetwas geschehen, denn das ist dann auch ein Garant, dass wir diesem Religionsfrieden nach wie vor nachleben können.

Ich bitte Sie also, sich nun einfach wieder, falls Sie nochmals ein Votum haben, an die Taktanden und das Geschäft zu halten, um das es eigentlich geht. Danke.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Vielen Dank für diese erneut sehr intensive Debatte über das Verhältnis von Religionsgemeinschaften und Staat. Ich bin sehr froh, dass die Jahresberichte grossmehrheitlich auf ein gutes Echo gestossen sind und die Einhaltung der negativen Zweckbindung als gegeben erkannt wird. Gleichwohl, René Isler, ein paar Worte zur geführten Debatte, einfach auch, um rechtlich Klarheit zu schaffen, denn ganz offensichtlich bestehen hierzu Missverständnisse:

Sie haben am 3. Februar 2025 die Tätigkeitsprogramme mit 104 zu 56 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, genehmigt. Bestandteil dieser Tätigkeitsprogramme war die

Absicht, transparent ausgewiesen: Mit diesen Tätigkeitsprogrammen werden in den kommenden sechs Jahren pro Jahr Gelder von 1 Million Franken für Leistungen gesamtgesellschaftlichen Nutzens der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften möglich, und die Kirchen werden darüber in ihren demokratischen Strukturen befinden. Das haben sie jetzt gemacht in den vergangenen Wochen, die beiden Synoden haben Ja gesagt zu diesen Programmen und Tätigkeiten, zu diesen Gesuchen, die nicht anerkannte Religionsgemeinschaften gestellt haben. Das ist alles rechtens. So haben Sie es beschlossen, zu dem haben Sie im Februar Ja gesagt. Sie haben in der Debatte im Februar auch Ja dazu gesagt, dass die Direktion der Justiz und des Innern diese Gesuche jeweils vorprüft, um die rechtlichen Rahmenbedingungen auch sicherzustellen.

Im Vorfeld dieses Entscheids, den Sie im Februar gefällt haben, hat Felix Uhlmann (*Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich*) ein Gutachten erstellt, das die Frage geklärt hat, ob eine solche Gesuchsbewilligung der anerkannten Gemeinschaften zugunsten nicht anerkannter Religionsgemeinschaften verfassungsrechtlich möglich ist. Er hat es bejaht. Das ist die Ausgangslage und so wird es in den kommenden sechs Jahren sein, dazu haben Sie Ja gesagt. Wie es nach diesen sechs Jahren weitergeht, darüber werden Sie anschliessend wieder befinden. Wir werden Ihnen ein entsprechendes Gesetz vorlegen. Das ist in Arbeit, das Normkonzept steht, die Vernehmlassung wird nächstes Jahr durchgeführt werden. Darüber können Sie dann befinden, wenn es vorliegt.

Das beantwortet auch einen Teil der Fragen von Hans Egli: Erst wenn wir nicht anerkannte Religionsgemeinschaften ins Recht fassen, können wir ihnen Vorschriften machen. Das können wir nicht, wenn wir sie nicht ins Recht fassen, zum Beispiel Transparenz über Auslandsfinanzierung. Wir können nicht irgendeinem Verein in diesem Kanton sagen, «ihr müsst uns irgendeine Rechenschaft über eure Mittel abgeben», das können wir erst, wenn wir sie ins Recht fassen. Deshalb wollen wir sie ins Recht fassen, weil wir diese verbindliche Zusammenarbeit wollen, weil alle Religionsgemeinschaften, nicht nur die muslimischen, alle Religionsgemeinschaften auch ein Risiko für den gesellschaftlichen Frieden sind, weil alle Religionsgemeinschaften auch sehr konservative Milieus haben, konservative Milieus zum Beispiel, die die Gleichstellung der Frauen oder auch homosexuelle Lebensmuster ablehnen. Das haben alle Religionsgemeinschaften, und deshalb ist es im Interesse von uns allen, dass wir mit ihnen verbindliche Beziehungen eingehen. Das können wir, wenn wir sie ins Recht fassen, das werden wir Ihnen vorlegen. Es wird kein Anerkennungsgesetz sein, es wird ein Gesetz sein, wie wir nicht anerkannte Leistungen von gesamtgesellschaftlichem Nutzen staatlich mitfinanzieren können, dass das nicht die Kirchen machen müssen, dass wir das direkt machen müssen und damit auch die Rechenschaftspflichtigkeit und die Bedingungen formulieren können, nach denen diese Gemeinschaften zu arbeiten haben. Ich hoffe, dass ich damit ein paar Fragen von Ihnen beantwortet habe.

Und jetzt komme ich zum Wichtigsten, nämlich auch meinerseits zum Dank, zum grossen Dank an die anerkannten Religionsgemeinschaften. Ich bin sehr froh, dass es auch eine sehr anerkennende Debatte war und ausgeführt wurde, in wie vielen

Bereichen die Religionsgemeinschaften Tätigkeiten erbringen, die von uns allen, ob wir Mitglied sind oder nicht, von grossem Nutzen sind, die sehr, sehr viel zum religiösen und damit auch zum gesellschaftlichen Frieden beitragen. Dieser fällt nicht vom Himmel, er muss erarbeitet werden. Die anerkannten Religionsgemeinschaften tun das in einer intensiven interreligiösen Arbeit, sie tun das auch zusammen mit den etablierten nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Und hier habe ich es mit Alexia Bischof, wenn sie sagt: Alle, ob anerkannt oder nicht anerkannt, tragen zum religiösen Frieden bei. Das muss auch so sein, und da spielen die Anerkannten eine ganz entscheidende Rolle, indem sie eben diese Gemeinschaft auch steuern und pflegen.

Einen ganz besonderen Dank am heutigen Tag möchte ich Jacques Lande aussprechen für seine Arbeit als Präsident der ICZ in einer sehr, sehr anspruchsvollen Zeit, in einer Zeit, in der insbesondere auch in den jüdischen Gemeinschaften intensive, anspruchsvolle Diskussionen geführt wurden, in einer Zeit, in der Antisemitismus grassiert, wie es schon lange, lange nicht mehr der Fall war, in der die jüdische Gemeinschaft unter grossem Druck steht, in der sie die Solidarität und die Unterstützung von uns allen braucht. Ich danke Jacques Lande sehr für diese Arbeit, diese umsichtige Arbeit, diese auch deeskalierende Arbeit, die er immer wieder geleistet hat, und den Beitrag, den auch er zum interreligiösen Dialog geleistet hat. Lieben Dank, Jacques, und alles Gute für dein weiteres Leben.

Ihnen danke ich für die Abnahme der Jahresberichte.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Das Votum von Frau Regierungsrätin Fehr hat mich auf den Plan gerufen, denn sie hat darauf hingewiesen, auf den Kantonsratsbeschluss zum Tätigkeitsbericht und zu den Subventionen vom 3. Februar 2025. Was wir damals beschlossen haben, wissen wir alle. Das Interessante ist jetzt aber, das in den Kontext mit diesem Bericht zu bringen, den wir heute zur Kenntnis nehmen. Denn die Jahresberichte sind von 2024, aus dem Geschäftsjahr 2024, und wir haben ja hier das Jahr 2024 zu beleuchten und anzuschauen, ohne den Beschluss von 2025 und die Konsequenzen daraus vorwegzunehmen. Also kann man sagen: Die negative Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen im Kanton Zürich ist aufgrund der Zahlungen der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Gemeinschaft im Kanton Zürich an die VIOZ (*Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich*) zumindest teilweise nicht gegeben, denn es handelt sich um das Jahr 2024 und da hat der Kantonsrat noch gar nichts beschlossen. Und ich denke, hier müssen wir schon klar sehen: Man kann hier auch dagegen sein, und ich werde mich hier Frau Kantonsrätin Hoss-Blatter anschliessen. Man kann hier auch seinen Seelenfrieden finden, indem man diesem Bericht nicht zustimmt.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Wir haben es gehört, was wir rechtlich hier heute beurteilen, es geht aber auch darum: Wir haben die versammelten Kirchenvertreter hier, und wir als Kantonsräte werden ja öfters auch von Mitgliedern angesprochen, angeschrieben, kontaktiert, die vielleicht nicht so happy sind

und ihren Seelenfrieden bei ihren Organisationen nicht finden. Wenn man hört, ja, es wurden Synoden durchgeführt, es wurde abgestimmt und es wurde mit 75 zu 33 entschieden. Ja, dann hat man klar die Mehrheit, aber man hat eine grosse Zahl Mitglieder vielleicht verärgert. Die machen dann die Faust im Sack, und ich kann Ihnen sagen: Um neue Kunden zu gewinnen, ist der Aufwand fünf- bis siebenmal grösser, als bestehende Kunden zu halten; dies aus der Marketinglehre. Danke.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der GPK: Ganz ehrlich gesagt finde ich es jeweils unnötig, am Schluss noch den Besenwagen zu fahren, aber jetzt haben Sie mich getriggert. Wissen Sie, was lustig ist? Ich vertrete hier jetzt geschätzt zum achten Mal diese Kirchenberichte, und in der Vergangenheit hatten sich jeweils die Bänke geleert, weil das ja sowas von putzlangweilig ist, und dann standen alle im Café. Aber in den letzten zwei, drei Jahren scheint das Thema Kirchen die geschätzten Kolleginnen und Kollegen hier doch dermassen zu interessieren, dass man noch weit über die Reden der Kirchenvertreterinnen und -vertreter und der Regierungsrätin hinaus noch etwas anfügen muss, was übrigens wirklich, wenn Sie der Regierungsrätin zugehört hätten, einfach schon gesagt ist, und es ist klar gesagt.

Und Lorenz Habicher, Entschuldigung, wir sind wirklich bei den Jahresberichten. Und genau, wenn man das einfach so gelassen hätte, dann wäre es richtig gewesen. Aber ich kann auch nichts dafür, wenn bei euch geschätzt jede zehnte Person aufsteht und das herunterbetet, was ihr schon im Februar heruntergebetet habt. Es wird nicht besser, ich sage es Ihnen.

Aber etwas möchte ich hier sagen, was ich sehr interessant gefunden habe, Jacques Lande hat etwas Wichtiges gesagt. Er hat nämlich gesagt: Es hat sage und schreibe über 100 Jahre gedauert, bis wir im Kanton Zürich die jüdischen Religionsgemeinschaften anerkannt haben. Und wissen Sie was? Letzte Woche hat die VIOZ ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert. Ich glaube, Sie waren alle auch eingeladen. Und es waren tatsächlich einige von Ihnen dort auch vertreten, was mich sehr gefreut hat. Man kann nämlich nicht über etwas reden, wenn man nicht weiss, was Sache ist. Und bei diesen Reden bei der VIOZ wurde auch klar gesagt, wo ihre Richtung hingeht. Und das ist ja genau der Punkt: Wenn man Geld gibt, dann stärkt man den Bildungspfeiler, und dahin wollen wir ja. Wir wollen, dass die nicht anerkannten Kirchen ihre Ausbildung erhalten und dass sie gestärkt auch ihre Arbeit tun können. Und das braucht nun mal halt Geld, man bekommt nichts für 2.95 Franken. Aber ich hoffe und bin im Grundsatz sehr dankbar für diese sehr angeregte Diskussion, denn jetzt weiss ich wenigstens – ich glaube, ich werde das nächstes Jahr auch noch einmal machen –, dass ich nicht alleine spreche. Vielen Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Zumindest der Präsident spricht immer (*Heiterkeit*). Ich danke auch für die angeregte Debatte.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–VI.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich danke den Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen für Ihren Besuch heute Morgen hier im Kantonsrat, wünsche Ihnen weiterhin gutes Wirken und jetzt schon mal einen schönen Tag. Vielen Dank.